

Dr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., ausl. Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Verlagsstellen angenommen.
Im amtlichen Zeitungsbereich
unter „Saale-Beilage“ eingetragen
Für Anzeigen eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Stadtred. nur mit Quittungsbogen;
„Saale-Beil.“ gratis.

Verleger der Zeitung Nr. 2535: Der
Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 170;
Verlagsdirektion (Markt 24) Nr. 2266.

Saale-Beilage.

Neununddreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise aber dem
Raum mit 50 Pfg., jede aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unterm Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Kleinanzeigen die Seite 75 Pf.
Ersteinstündlich 10 Pf.,
Sonntags und Montags einmal,
sonst je einmal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17;
Verlagsdirektion: Markt 24.

Nr. 507.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 28. Oktober

1905.

Politische Wochenchau.

Die Fällung des Schiedspruchs im lippischen Thron-
folgestreit hat zur Anerkennung der Ansprüche der
Bielefelder Linie geführt und den ein Jahrzehnt lang
die deutsche Politik durchziehenden Streit endgültig beseitigt.
Großregent Leopold hat als Fürst Leopold III. mit der
üblichen Proklamation seine nun definitive Regierung
übernommen. Die lippische Bevölkerung brachte dem Sieger
in dem harten Kampfe ums Recht einen Fidejuszug dar. Der
erste, der ihm Glück wünschte, war der Fürst von Schaumburg-
Lippe, sein Prosegegner. Auch der Kaiser sandte ein
freundliches Wort im gehaltenen Glückwunschtelegramm. Somit
ist denn nun endlich dieser unselige Abschnitt innerer deutscher
Politik zum Abschluß gelangt, und zwar in einer Weise,
welche mit dem allgemeinen Rechtsempfinden glücklich
harmoniert. Man darf dem künftigen Bülows das unbestreit-
bare Verdienst beimesen, die Affäre, die nach dem Romantiker
Telegramm eine sehr unangenehme Gestalt zu nehmen auf
dem besten Wege war, mit aller Vorsicht in Ordnung ge-
bracht zu haben.

Die Milderung des Reichskanzlers von seinem Baden-
Badener Erholungsurlaub nach Berlin hat in diesen
Tagen stattgefunden. Nach vor der Milderung des Fürsten
erschieden in der „Rein. Zig.“ eine offizielle Auslassung über
die Einigung des Reichskanzlers in Sachen der Reichs-
finanzreform. Es sollen in der Tat 150—200 Millionen
durch neue Steuern angebracht werden. Bei der Reichs-
erblichkeitssteuer sollen die Deszendenten und Ehegatten von
der Steuer befreit bleiben. Hiermit ist das Hauptbecken,
welches von freisinniger Seite gegen eine Reichserblichkeits-
steuer erhoben wurde, beseitigt. Es fragt sich natürlich, wie
die übrigen Bestimmungen des Entwurfs lauten werden,
über dessen Formulierung Genaueres noch nicht bekannt ist.
Auf die größten Bedenken stößt natürlich die geplante Er-
höhung der Bier- und Tabaksteuer. Von einer Erweiterung
der Reichssteuernsprach das offizielle Organ gleichfalls.
Man wird aber erwarten haben, wie weit die Regierungen in
ihren bezüglichen Forderungen gehen. Sehr bedauerlich ist
es, daß trotz aller Anregungen von liberaler Seite eine
Reform der Vermögensteuer, die eine Beseitigung der
Liebergaben im Gefolge hätte, nicht in Aussicht genommen
ist. Es wird nach wie vor Aufgabe der Finanzen bleiben, die
Notwendigkeit der Vornahme dieser Steuerreform, die dem
Reich 40 Millionen Mark ersparen kann, zu betonen.
Eine Reichswehrreform wurde für ein Spezialausgaben-
gebiet vorbehalten. Die Abneigung des Reichstags gegen
eine Reichswehrreform wird indes wohl kaum so plötzlich
geschwunden sein, daß sie ehemals einstimmig ablehnendes
Votum sich über Nacht in Zustimmung verwandeln dürfte. Ferner
kündigt das rheinische Blatt eine Neuregelung des Militärver-
tragswesens an. Die Militärverträge sollen in Zukunft
nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten
erhoben werden und ihre Höhe soll einem bestimmten
Maximalbetrag nicht überschreiten dürfen. Was das Zentrum
indes nicht die Absicht hat, die verfassungsmäßige finanzielle
Verantwortlichkeit der Einzelstaaten für die Ausgaben der
Reichsverwaltung einzuschränken, tritt diese letztere Reform
nicht mit sehr großen Aussichten auf Verwirklichung auf den
Plan.

Gegenwärtig des Aufenthalts des deutschen Kaisers in
Dresden kam in Berlin die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm
und Königin Friedrich August die Einigkeit der deutschen
Bundesfürsten zum Ausdruck, frei am Reichs-
festhalten und die großdeutsche Politik der Vorherrschaft,
begründet auf gegenseitiges Vertrauen, konsequent fortzuführen.
Im Ausland dürfte diese bundesfürstliche Kundgebung, die
zu sehr gelegener Zeit kommt, ganz besonders bemerkt
werden. Das Deutsche Reich ist zwar über den Charakter
eines rein vertragsmäßig zustande gekommenen Bundes
weit hinausgeschritten. Aber die Grundlage der Einheit
bildet gleichwohl die Treue gegenüber dem Bundesvertrage.
Die Gewissheit, mit der die deutschen Fürsten sich zur Ein-
heit der Nation bekennen, muß auf das angenehmste be-
wirken. Am Tage der Volkfeier in Berlin toaste der
Kaiser im Kreise seiner Generale auf das deutsche Volk in
Waffen. Auch dieser Kräftigung muß im In- und Aus-
land starke Aufmerksamkeit erregen und bekundet den
ernsten Willen des deutschen Kaisers, den Rechten des
Deutschen Reiches überall da, wo man sie missachten sollte,
die nötige Anerkennung zu verschaffen. Eine prinzipielle
Auseinandersetzung über die Verhältnisse der Landtage der
Einzelstaaten zur Kritik der auswärtigen Politik des
Reichs fand jüngst in der bayerischen Abgeord-
netenkammer statt, wobei Herr v. Rodewils die In-
kompetenz der Einzelanträge in dieser Hinsicht mit Nach-
druck betonte, ein Weidlich, gegen den, zumal nach der
Motivierung, die ihm der bayerische Ministerpräsident gab,
staatsrechtliche Bedenken nicht zu erheben sind. Es ist
mit Genehmigung hervorzuheben, daß Bayern in dieser
offiziellen Äußerung des Herrn v. Rodewils seine un-
bedingte Achtung vor der Reichsverfassung wieder einmal
an einem Beispiele darzulegen hat.

Die Fehde zwischen dem liberalen Führer Casselmann
und dem bayerischen Staatsminister v. Rodewils wird ver-
mutlich nicht zu einer Kabinetskrise führen, sie hat aber
von vornherein die Stellung der bayerischen Liberalen
diesem Kabinett gegenüber klargestellt. In Baden ergaben
die Hauptwahlen einen vorläufigen Fehlschlag, den es
gilt in den Stichwahlen möglichst abzumildern. Zu diesem
Behufe haben die Liberalen bzw. Nationalliberalen mit
den Sozialdemokraten — zum Schanden der rechtsstehen-

den — einen Stichwahlvertrag abgeschlossen zur gegen-
seitigen Unterstützung. Natürlich vereinbarte daraufhin
das Zentrum mit den Konserverativen einen Wahlpakt und
erklärte sich, um möglichst viele Nationalliberalen von dem
misslichen Vertrag mit den Sozialdemokraten auf seine
Seite herüberzuziehen, bereit, für zwei antilutramontane
Protestanten einzutreten. Erst das Wahlergebnis kann
lehren, ob sich die Stichwahlpraxis in Baden bewähren
wird oder nicht. Die Wahlrechtsreform in Hessen ist,
nach dem Austausch des verhängnisvollen Initiativ-
antrages der Ersten Kammer, in der Zweiten Kammer an
dem Widerspruch der Regierung und des Volksbundes gegen
die Erweiterung der Kompetenz der Ständeversammlung
über die Wiederaufnahme der Wahlrechtskampagne hat
Minister Nothe Mitteilungen noch nicht gemacht. Doch
sind die Wahlen in Hessen unter der Führung statt, die
Reform des Wahlrechts durchzuführen.

Die deutsche Landwirtschaft feierte in dieser Woche
zwei bedeutame Feste: eine Kabin-Feier und eine
Wärder-Feier. In Kabin, dessen achtzigsten Ge-
burtsstag die landwirtschaftliche Gesellschaft in Berlin
oder in Glückwunschtelegrammen in Halle a. S. vereinte,
feierte die deutsche Landwirtschaft den wissenschaftlichen Mit-
teiler, der die Bedeutung des Getreidebaues und der Vieh-
zucht für die deutsche Nationalökonomie stets wirksam hervor-
gehoben. In Würder verehrte sie den bedeutendsten Kollegen
Förderer der Agrarwissenschaften, durch deren Begründung und
Ausbau die deutsche Landwirtschaft im internationalen und
nationalen Wirtschaftskreislauf wertvoller geworden
ist, deren Aufschwung die Regenerationsperiode der deutschen
Landwirtschaft eingeleitet hat. Herr v. Rodewils gab
bei dieser Gelegenheit eine Art politischen Glaubens-
bekenntnisses zum Besten, das sich indes keineswegs durch
besondere Klarheit auszeichnete. Indem er auf der einen
Seite die Gemeinsamkeit der Interessen von Handel,
Industrie und Landwirtschaft betonte, erklärte er auf der
anderen Seite, daß die landwirtschaftlichen Interessen mit
den Staatsinteressen identisch seien. Aus weiteren Reden,
die der Minister in der Versammlung des Westfälischen
Bauernvereins in Münster hielt, dessen Ehrenmitglied er
annah, ging hervor, daß die Betonung der
Interessenolidarität der Landwirtschaft mit Handel und
Industrie nicht weiter als eine bloße Redekunst gemeint
ist, wie es ja auch die Taten des Rodewils'schen Regimes
bemeinen. Wenn der Minister dabei von schmerzlichen
Angriffen auf seine Person sprach, wobei er die Veröffentlichung
des „Berliner Tageblatts“ über seine angeblichen Beziehungen
zu der Firma Toppel & Co. im Auge hatte, so
ist soviel zu bemerken, daß diese persönlichen Angriffe in der
liberalen Presse ebenso verurteilt werden, wie in allen
anderen Blättern. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache,
daß die „Freie deutsche Presse“ („Freiwillige Zeitung“) sofort
die Firma Toppel & Co. veranlaßte, eine authentische Klar-
stellung über die beiden Konten zu liefern. Jedenfalls
lehnt die liberale Presse im Lande die Anwendung von
Kampfmitteln, die das politische Leben vergiften müßten
und dem Angegriffenen eine unverdiente Sympathie ein-
bringen, mit Entschiedenheit ab.

Die Zentralstelle der preussischen Landwirt-
schaftskammern hat sich den Kommunen an, in Gemein-
schaft mit ihnen städtische Reichserholungs-Zentralen —
wer glaubt da noch an die Mittelstandspolitik des Bundes
der Landwirte? — ins Leben zu rufen. Dies Ansehen,
den Reichshaus nicht zu monopolisieren, das selbstverständlich
in den Städten nicht auf Gegenseitigkeit basieren wird, zeigt,
nach welcher eigenartigen Richtung die Rodewils'sche Politik sich
entwickelt. Da ist es denn an und für sich begrifflich, daß
die Städte, die sich im Deutschen Städtebunde zusammen-
geschlossen haben, bei dem maßgebenden Reichskanzler,
dem Kanzler Fürsten Bülows, ihre Bedenken gegen die Reichs-
steuernde Politik des Landwirtschaftsministers entwickeln
wollen. Weniger begrifflich aber ist es, daß sie auf ihrer
Audiens-Idee verharren, nachdem der Fürst in diplomatischer
Förmlichkeit ihnen die derbe Antwort gegeben, daß er für sie
nicht zu sprechen bzw. zu haben sei. Daß die Audiens noch
einen Zweck hat, ist, wenn man die innerpolitische Lage be-
rücksichtigt, so unwahrscheinlich wie möglich.

Belwels Erbschaft und die Vorwärts-Krisis ge-
hören nicht tatsächlich, aber doch ideal nahe zusammen. Wie
schon ist es nicht, im Lande die Abfassung des privaten
Kapitals zu predigen und sich hinterher selbst auf die
arbeitsloseste Weise der Welt, durch simples Erben von
einem X-Beliebigen, ein privates Kapital in den Schoß
werfen zu lassen. Wenn dabei auch die Konsequenz und die
Idee zum Teil fehlt, gerettet ist wenigstens das per-
sönliche Wohlbefinden, aller Laifer Anfang. Das gleiche
ist es mit der Achtung der Persönlichkeit derjenigen geistigen
Arbeiter, die seit Jahren die größten Opfer gebracht haben,
um unter Hintansetzung ihres eigenen Interesses der sozial-
demokratischen Partei ihre Lebensarbeit zu widmen, wie
meinen, der Redakteur des „Vorwärts“. Da predigt die
Sozialdemokratie im Lande die Achtung der Persönlichkeit
des Arbeiters, aber die Partei selbst kümmert sich nicht das
Atom einer Idee um diese Persönlichkeit, sondern verfährt
mit einem cynischen Utilitarismus, der keinesgleichen sucht.
Nur dieses Regime ist in der Sozialdemokratie eingezogen.
Jarentum regiert in der Belwels'schen Partei. Es kann nicht
ausbleiben, daß sich die Bevölkerung mit Abscheu von einem
Parteilichkeitsmenschen abwendet, der so läppisch mit der Achtung
der vollen Gewalt in die heiligen Empfindungen derer
eingreift, die ihr Leben der Partei geopfert haben. Diese
„Vorwärts“-Affäre wird zu einem Debacle führen.

Der Marokko-Zwischenfall zwischen England und dem
marokkanischen Kaiser hat die durch die Auslieferung
der englischen Offiziere bezeugt. Der Sultan hat die
Konferenzvorschläge der Mächte angenommen. Loeb's
Reise nach Madrid ist ohne Zwischenfall glücklich verlaufen.
In England feierte man den hundertjährigen Geburtstag
von Trafalgar. Liberale Politiker wie Grey, Rosebery
und Sidney Whitman äußerten sich über das Verhältnis
zu Deutschland und Frankreich. Daß eine offizielle
Streitfrage zwischen dem Deutschen Reich und Groß-
britannien überhaupt nicht besteht, und einem deutsch-
englischen Einvernehmen keine Hindernisse im Wege stehen,
betonte Minister Brodrick. Ob er dabei die Anregung der
in Tanger anfalligen Engländer im Auge hatte, die in
einer Eingabe an die britische Regierung die Anbahnung
einer deutsch-englischen Interessengemeinschaft in Sachen
der Marokko-Frage empfahlen? Diese aktuellen Fragen
traten hinter dem Zeitungsgeschehen mehr zurück, das sich
zur Abwechslung einmal mit dem angeblichen Aufstand einer
neuen deutschen Intrigue gegen das englisch-russische
Einvernehmen in Zentralasien beschäftigte. Daß
Deutschland gegen ein russisch-englisches Einvernehmen
durchaus nichts einzuwenden hat, betonte nachdrücklich
die „Rein. Zig.“ in einer offiziellen Auslassung. Auch der
Angriff der Wiener „Neuen Freien Presse“ gegen
Kaschubowicz beschäftigte in maßvoller Weise die englischen
Blätter. Sie beschuldigten die deutsche Regierung, diesen
Angriff verurteilt zu haben; natürlich aber geben die
deutsche Regierung die Artikel der „Neuen Freien Presse“
überhaupt nicht an. Und so schließt sich ein engliches
Entgegenkommen an das andere; es werden ihrer bald
zu viele, um sie zu zählern.

Es werden aber den Vertrag zur Auflösung der schwedisch-
norwegischen Union angenommen. Die Beschlußfassung
über die Volksabstimmung in Norwegen bezug-
lich der macedonischen Finanzreform auf ihrem Wider-
stande, den angeblich eine russische Flotten demonstration
brechen soll. In Chile hat eine Hungersnot jetzt
Opfer gefordert. Ungeheuer alarmierende Nachrichten kamen
den letzten Woche aus Argentinien, wo jeglicher Verkehr durch
den Zustand der Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-
beamten angehalten ist. Nach Großfürst Wladimir's
Auseinandersetzung mit dem Jaren hat General Trepow
den Oberbefehl über die Petersburger Garnison über-
nommen. Wobedon oßowev soll zurückgetreten sein.
Witte hat angeblich Vollmachten zur Einführung der
Konstitution bereits erhalten, nach anderen Meldungen soll
er sie erst noch erhalten. Ob die Bewilligung einer Kon-
stitution nicht bereits zu spät kommt, ob die Ent-
wählung des Generalausstandes zur Revolution sich
überhaupt noch wird aufhalten lassen, das ist die große
Frage, die jetzt aktuell wird. Jedenfalls hat diese Auffassung
sehr viel für sich. Möglicher Weise aber bündigt General
Trepow durch eine Schredensherauskunft noch einmal die
drohende Empörung. F. W.

Deutsches Reich.

Der Schiedspruch in der lippischen Thronfrage.

Auf die Aushebung des Fürsten von Schaumburg-Lippe er-
widerte Fürst Leopold:

Für die fremdsprachlichen Worte, welche Ihre Durchlaucht mehrere
mal gelassen haben gedachte, sage ich Ihnen meinen besten
Dank. Leopold zur Lippe.

Der Antrag des Reichstages wird am 4. November von dem
Fürsten Leopold mit einer Thronrede eröffnet werden.
Fürst Leopold zur Lippe dankte dem Kaiser bei der
Regierungsübernahme:

Eurer Majestät gelobte Ich Mir in Eurer Befehlung mitzutellen,
daß Ich auf Grund der heute abend verkündeten Entscheidung
des Schiedsgerichts die Regierung des Landes übernommen
habe. Es wird Mein vornehmstes Bestreben bleiben, dem
Reiche stets ein treuer Bundesfürst zu sein. Leopold, Fürst
zur Lippe.

Kaiser Wilhelm antwortete:

Berlin, Schloß, 26. Oktober nachmittags 6 Uhr. Selner
Durchlaucht dem Fürsten Leopold zur Lippe. Eurer Durchlaucht
behaftete Ich gern den Empfang Ihrer Mitteilung, daß Sie
auf Grund des Spruches des Schiedsgerichts die Regierung
übernommen haben. Es erfüllt Mich mit Verfreude, daß
damit der Throntritt seine Entscheidung gefunden hat. Möge
Eurer Durchlaucht eine lange Regierung zum Segen Ihres
Landes und im Einklang mit den Interessen des Reiches be-
stehen sein. Wilhelm I. R.

Die Fleischnot.

Minister v. Rodewils gab in der Bekanntmachung des West-
fälischen Bauernvereins in Münster bezüglich die Mitteilung
daß die Unfruchtbarkeit wegen der Ferkelung vor vier Monaten
nicht abgelaufen ist.

Die Bekanntmachung des Westfälischen Bauernvereins
in Münster landete an den Reichskanzler Fürsten Bülows folgendes
Telegramm:
„Die hier tagende Generalversammlung des Westfälischen
Bauernvereins zugleich namens der in den christlichen deutschen
Bauernvereinen vereinigten 300.000 deutschen Bauern, sowie
der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz
Westfalen, sprechen Ihre Durchlaucht den höchsten Dank aus,
daß Ihre Durchlaucht im Interesse unserer nach Willkür
zu bewerkstelligen deutschen Viehbestandes den unersetzlichen
Anforderungen nach weiteren Einfuhr-Erleichterungen
nicht nachgegeben haben und hoffen vertrauensvoll,
daß dieser notwendige Schutz unserer Viehzucht wie bisher

